



Die Neuen deutschen Medienmacher*innen engagieren sich für mehr Vielfalt in den Medien. Mit dem Mentoringprogramm fördern sie Nachwuchsjournalist*innen mit diversen Biografien. In kollegialer Kollaboration mit der taz Panter Stiftung haben sie den ersten Online Panter Workshop mitorganisiert. 17 NdM-Mentees aus dem aktuellen Mentoringjahrgang produzierten diese vierseitige Beilage zum Thema „Sommer 2020“.

Sommer, Sonne, Systemwandel?

Corona hat unser Leben auf den Kopf gestellt und Privilegien geraten in den Fokus. Wie alte Probleme und unser Zusammenleben neu gedacht werden



Illustration: Ulrike Steinke

Wandel jetzt!

Seit dem Corona-Lockdown sind Armut, häusliche Gewalt und soziale Ungleichheiten stärker denn je sichtbar. In den Nachrichten werden die Ausbeutung von SaisonarbeiterInnen oder Sorgearbeit, die vor allem von Frauen getragen wird, heftig diskutiert. Die klare Botschaft: So kann es nicht weitergehen. Wir brauchen eine neue Machtordnung. Das fordern auch die vielen Menschen, die nach dem gewaltsamen Tod von Georg Floyd und trotz Corona auf die Straße gehen, um gegen Diskriminierung zu protestieren. Endlich wird über Alltagsrassismus und das Privileg, weiß zu sein, im öffentlichen Raum debattiert. Die Strukturen, die seit dem Kolonialismus unsere Gesellschaft prägen und bestimmen, brechen auf. Der Weg zu einer echten Gleichberechtigung ist ohne Frage lang, aber erste Schritte sind gemacht. Mut ist da, um Veränderungen umzusetzen.

Alexandra Amanatidou

Weichen gestellt

Corona ist eine Zäsur, es beginnt eine neue Ära. Die Pandemie hat Entwicklungen sichtbar gemacht, die bereits da waren. Jetzt werden die Weichen gestellt: Die Welt wird entweder gleich oder ungleich. Lippenbekenntnisse reichen nicht aus, es müssen sich kapitalistische Strukturen ändern. Eine wichtige Rolle spielt der Techniksektor. Er ist die Chance für eine neue Utopie, weg von Ausbeutung, hin zu mehr Gerechtigkeit. Oder das Gegenteil. Niemals zuvor gab es solche Möglichkeiten, den Fortschritt aktiv mitzugestalten. Zum Abbau von Ungerechtigkeiten gehört aber mehr als Diversitybeauftragte oder Nachhaltigkeitsberichte. Sonst bleibt es dabei, dass etwa Großkonzerne nichts an den Grundlagen ihrer Geschäftsmodelle ändern. Veränderungen im Machtgefälle erfordern eine Kehrtwende. Hoffen wir darauf, dass die Gesellschaft dies verstanden hat.

Katia Sophia Ditzler

Solidarität gefragt

Jetzt ist der richtige Zeitpunkt für Veränderungen. Doch kommen sie auch? Hoffentlich! Durch die Pandemie müssen wir Modelle der Fürsorge und der Verantwortung dringend neu denken. Dazu gehören etwa die Bedingungen in der Pflege oder die Arbeitsteilung innerhalb bestehender Familienmodelle. An wem bleibt unbezahlt oder niedrig entlohnte Sorgearbeit hängen? Corona zeigt, dass Frauen die größte Last tragen. Aber nicht nur das: Unterschiedlichste Formen von Unterdrückung prägen unseren Alltag. Mehrfach marginalisierten Menschen muss in der Debatte um die Folgen von Corona mehr Raum zustehen. Wir brauchen deshalb ein intersektionales und feministisches Verständnis der Krise. Dann können wir neue, solidarische Bündnisse eingehen. Nur so kann eine Zukunft nach der Pandemie besser und gerechter für alle aussehen.

Ina Holey

Chance verpasst

Ein großes Unbehagen prägt diesen Sommer. Unternehmen geraten aus dem Gleichgewicht, die Schere zwischen Arm und Reich geht weiter auseinander. Auch der Klimaschutz wird blockiert. Ein Beispiel: Das Kohlekraftwerk Datteln 4 geht – trotz scharfer Kritik – ans Netz. Von ökologischem Wandel ist keine Rede mehr. Corona hat die Abkehr vom Klimaschutz verschärft. Dabei sollte uns gerade die Pandemie bewusst machen, wie entscheidend Naturschutz und Biodiversität für das Weiterbestehen der Menschheit sind. Nur wenn wir Ökosysteme erhalten, können wir die Verbreitung neuer Krankheiten verhindern. Stattdessen wird illegaler Tierhandel weiter betrieben, die Abholzung des Regenwalds geht weiter, um Soja und Fleisch zu produzieren. Wir ziehen keine Konsequenzen, um die Natur zu schützen – und damit auch uns selbst.

Alina Ryazanova

Migrantische Arbeit: Die Krise der Ausbeutung

In der Coronakrise kommen ausbeuterische Arbeitsmodelle an ihre Grenzen. Die Bedingungen für migrantische Arbeiter*innen sind schon lange prekär, jetzt werden sie sichtbarer. Bei der jüngsten Ansteckungswelle im Schlachtbetrieb Tönnies in Rheda-Wiedenbrück wurden mehr als 1.000 Menschen mit Covid-19 infiziert. Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) möchte Werkverträge in der Fleischindustrie verbieten. Vier weitere Perspektiven auf Verbesserungen

Protokolle Irina Chevtaeva, Aida Ivan, Helena Kaufmann



Die Beraterin

„Sie müssen ihre Rechte kennen“

„Ich berate seit zwei Jahren rumänischsprachige Arbeitnehmer*innen in den sozialen Medien zu Arbeits- und Sozialrecht. Die Beratung findet etwa in der Baubranche, Landwirtschaft oder der Fleischindustrie statt. Wir versuchen die Personen dort zu erreichen, wo sie sich bewegen. Wenn sie Fragen auf Facebook stellen, dann beantworten wir diese dort.“

Es geht auch um Empowerment. Die Leute müssen wissen, dass sie die gleichen Rechte wie deutsche Angestellte haben, obwohl sie nicht so gut Deutsch sprechen. Nur so können sie um ihre Rechte kämpfen.

In den sozialen Medien mobilisieren sich die Leute, um sich gegenseitig zu helfen oder sich einfach zu informieren, um ihre Probleme zu lösen. Wir bekommen jetzt deutlich mehr Fragen, uns erreichen vier bis fünf Mal mehr Menschen als vor der Coronakrise. Als Studentin habe ich in der Gastronomie gearbeitet, vermittelt von einer Leiharbeitsfirma. Ich war enttäuscht darüber, wie wenig Respekt der Arbeitgeber zeigte. Das hat mich motiviert, mich mit den Rechten von Menschen aus dem EU-Ausland zu beschäftigen.“

Nicoleta Bădulescu, 28, arbeitet bei „Minor“ im Projekt „MB 4.0“, das von der EU-Gleichbehandlungsstelle gefördert wird



Der Aktivist

„Biografien, die gelingen wollen“

„Die Schwere der Arbeit, die Arbeitszeiten und auch die Bezahlung in der Fleischindustrie sind ausbeuterisch. Die Arbeiter*innen leben in Sammelunterkünften, in Bruchbuden, die wegen der prekären Situation der Sanitäranlagen schon vor Corona gesundheitsgefährdend waren. Es gibt in der Lebensmittelbranche aber auch Unternehmen, die sich ihrer Verantwortung bewusst sind und auf Leiharbeit und Werkverträge verzichten.“

Denn diese Menschen sind mehr als nur wichtige Arbeitskräfte. Es sind Biografien, die gelingen wollen. Ich neige nicht zur Brutalität, aber ich muss manchmal gucken, wie ich mit Hassgefühlen umgehe, wenn ich etwa den Corona-Ausbruch in Rheda-Wiedenbrück sehe. In diesem Ausmaß hätte ich mir das nicht vorstellen können. Leider glaube ich, dass das nicht der letzte Ausbruch gewesen sein wird. Es wird möglicherweise Leben kosten und die Bevölkerung wird unter den notwendigen Beschränkungen leiden. Das sind Schäden, die vermeidbar gewesen wären. Da spüre ich manchmal eine ohnmächtige Wut.“

Peter Kossen, 52, Pfarrer in Lengerich und Aktivist, Gründer des Vereins „Aktion Würde und Gerechtigkeit“



Die ehemalige Leiharbeiterin

„Wir müssen darüber sprechen“

„Fünf Euro Stundenlohn, das habe ich als Leiharbeiterin in Deutschland bekommen. Das Problem ist überall dasselbe: Demütigung. Als ich anfing, hatte ich keine Krankenversicherung und wir haben willkürliche Geldstrafen von rumänischen Vorgesetzten bekommen. Ich wurde mit vielen Problemen konfrontiert und das war auf eine bestimmte Weise auch gut: So habe ich gelernt, Lösungen zu finden. Jetzt kann ich mit dieser Erfahrung anderen helfen.“

Viele Betroffene verstehen nicht, dass Sachen nur dann geändert werden können, wenn sie darüber sprechen. Von uns bekommen Arbeitsmigrant*innen Hilfe, aber sie müssen dafür die Initiative ergreifen und zu uns kommen. Wir wollen, dass die Arbeitsmigrant*innen unter normalen Bedingungen arbeiten. Ihre Reaktion? Sie können kaum glauben, dass sie Unterstützung bekommen, ohne etwas dafür zurückgeben zu müssen. Viele bleiben in Verbindung mit uns und melden sich auch aus ihrer Heimat. Ich will meinen Namen nicht in der Zeitung lesen, denn ich will nicht, dass meine ehrenamtliche Aktivität mein persönliches Leben beeinflusst.“

Ehemalige Leiharbeiterin, 37, engagiert sich für Arbeitsmigrant*innen



Der Vermittler

„Deutschland braucht diese Mitarbeiter“

„Die Großunternehmen, darunter alle Ketten, benötigen sehr dringend Mitarbeiter. Der Staat unterschätzt die Situation, auch in der Fleischindustrie. Die Branche lebt davon, dass dort Werkverträge und Leiharbeit angeboten werden, damit sie überhaupt Mitarbeiter finden kann.“

Es hilft keinem, wenn der Staat diese Praxis verbietet. Die Unternehmen würden die benötigten Mitarbeiter in Deutschland dann nicht finden, da es sich um Betriebe handelt in ländlichen Umgebungen oder an Stadträndern von Ballungsgebieten.

Die Regierung sollte mit den Gewerkschaften und mit Arbeitgebern in den Dialog treten. Wir müssen Regeln schaffen, die für die Arbeitnehmer gut sind: Der Mindestlohn könnte höher sein und die Bedingungen in den Unterkünften besser. Der Staat sollte die Kontrollmaßnahmen optimieren und nicht einfach sagen: Wir verbieten. Gerade in der Pandemie ist es notwendig, alle Betriebsabläufe aufrechtzuerhalten. Das geht nur mit Arbeitskräften aus der EU-Region. Aber egal woher ein Angestellter kommt, er sollte immer gleich und fair behandelt werden.“

Enrico Kautz, 50, CEO von HR Xperience Group, Unternehmen für Personaldienstleistungen

Wie Schwarze Menschen in Deutschland wohnen, arbeiten, feiern, darüber ist wenig bekannt. Das Bild der Serie „Black Wedding“ entstand 2015. Im Stadtteil Berlin-Wedding lebt berlinweit die größte afrikanische Community. Foto: Espen Eichhöfer/OSTKREUZ



Schwarz

Über das Leben von Schwarzen soll zum ersten Mal die Leber

Von Nadia Aboulwafi und Sina Zecarias

In Deutschland wird noch darüber diskutiert, ob Rassismus für die Gesamtgesellschaft überhaupt ein Problem ist. Ob er existiert und ob über ihn gesprochen werden sollte. In diesem Jahr hätten Hanau und Celle bereits Grund genug sein müssen, um über Rassismus in Deutschland zu sprechen. Aber erst der brutale Fall um Georg Floyd in Minneapolis, im Bundesstaat Minnesota, USA, hat hier die Massen auf die Straßen bewegt und die Diskussion so weit in die Gesamtgesellschaft gebracht, dass über Begriffe wie „Rasse“ im Grundgesetz diskutiert und ein Antidiskriminierungsgesetz in Berlin begrüßt werden.

Für Deutschland mag das ein erster Erfolg sein. Es ist ein Zeichen, dass sich die Debatte von wiederholenden, retraumatisierenden Erzählungen über Rassismuserfahrungen wegbewegen kann. Trotzdem bleibt eine Frage offen: Wie geht es mit der Antirassismusedebatte weiter – auch außerhalb von Krisenzeiten?

Impressum



Autor*innen: Nadia Aboulwafi, Stephanie Al-Ryazanova, Lilian Schmitt, Catharina Straß, **Beratung und Konzeption:** Julia Boek, Kon



Rapperin Ebow

Ebow, bürgerlich Ebru Düzgün, ist eine deutsche Rapperin mit kurdisch-alevitischen Wurzeln. In ihren Texten geht es um Diskriminierungserfahrungen aus (post-)migrantischer Sicht.

„Lernen zuzuhören“

Rapperin Ebow spricht über ihren neuen Song, Solidarität und einen möglichen gesellschaftlichen Wandel nach diesem Sommer

Interview Catharina Strass

taz: Ebow, gerade haben Sie die Single „Feuerzeug“ veröffentlicht. Sie erscheint im Kontext der Black-Lives-Matter-Proteste. Worum geht es in dem Song?

Ebow: Es geht um Polizeigewalt und darum, Widerstand zu leisten. Hengameh Yaghoobifarah hat ja schon in ihrer Kolumne beschrieben, wie BIPOCs zur Polizei stehen. Wie der Rassismus sich auch durch diese Institution zieht und wie hilflos man ihm ausgeliefert ist. Und das nicht erst seit Black Lives Matter. Es ist eher ein Zufall, dass der Song gerade jetzt rausgekommen ist. Ich hatte ihn schon vorher fertig und habe ihn dann veröffentlicht, weil es einfach gut gepasst hat. Polizeigewalt ist Realität und war es auch schon davor.

Was macht Ihre Musik aus?

Ich habe nicht die Wahl, mal nicht politisch zu sein oder nichts zu sagen, weil ich selbst von institutionellem Rassismus betroffen bin. Ich habe nicht das Privileg zu sagen, „Das ist nicht Teil mei-

ner Realität“ oder „Das juckt mich nicht“. Ich muss mich immer wieder dazu äußern. Das gehört einfach zu mir. Meine Texte haben sehr viel mit Solidarität zu tun und damit, füreinander da zu sein. Es geht um meine Communitys und um ein Verständnis füreinander. Es ist Musik von und für uns.

Mit der Coronapandemie und weltweiten Protesten erleben wir einen Ausnahmezustand. Was erhoffen Sie sich von der Zeit danach?

Meine Hoffnung ist, dass sich nach diesem Sommer etwas ändert, im Sinne von wirklicher Solidarität. Vor allem, dass Minderheiten und marginalisierten Gruppen zugehört wird. Dass ihre Kritik nicht immer wieder kleingemacht wird und ein wirkliches Verständnis da ist. Leider passiert es noch oft, dass sich vor allem weiße Menschen angegriffen fühlen, sobald man sich systemkritisch äußert. Aber ich habe auch die Hoffnung, dass sich jetzt was ändert, weil sich durch die Debatten immer mehr Leute mit ihren Privilegien auseinandersetzen und lernen zuzuhören.



Wie divers ist unser Staat?

Weltweit demonstrieren Menschen gegen Rassismus. Auch deutsche Institutionen positionieren sich

Normalerweise nehmen die Selbstverpflichtungen von Organisationen, sich für mehr Vielfalt einzusetzen, über den Sommer ab, doch in diesem Jahr ist das anders. In den vergangenen Wochen hätten 55 Institutionen die „Charta der Vielfalt“ unterzeichnet, sagt Juliane Schlei, eine Vertreterin des gleichnamigen Vereins, der sich für mehr Diversität in Unternehmen und Institutionen einsetzt. Das Vorsatz ist, Chancengleichheit für Beschäftigte herzustellen, jedoch ohne die Vorgabe von konkreten Maßnahmen.

Die Charta hat auch das Auswärtige Amt (AA) 2014 unterzeichnet. 2019 gründete sich dort die Initiative „Diplomats of Color“. Das Netzwerk setzt sich heute für Diversität und Inklusion ein. Tiaji Sio, eine junge, Schwarze Diplomatin, ist die Gründerin dieser Initiative. Die 23-Jährige arbeitet in der Protokollabteilung und organisiert offizielle Besuche. „Die Idee entstand, als mir auffiel, wie stark der Gegensatz zwischen meinem diversen Umfeld und der Homogenität im Auswärtigen Amt ist“, sagt Sio. Gerade das Auswärtige Amt und sein weltweites Netz an Auslandsvertretungen profitiere von mehr Diversität: „Personen mit Migrationsgeschichte sind mit höherer Wahrscheinlichkeit interkulturell kompetent, sprechen verschiedene Sprachen und bringen ihre Perspektiven mit ein.“

Um das Ministerium zu sensibilisieren, lädt „Diplomats of Color“ Expert*innen wie Tupoka Ogette ein, die vergangene Woche ihr Buch „Exit Racism“ vorstellte – die erste Veranstaltung des Ministeriums zum Thema Rassismuskritik. Auch für eine Aufarbeitung der Rolle des AA im Kolonialismus setzt sich das Netzwerk ein. „Das Auswärtige Amt hat umfassend seine Rolle in der NS-Zeit untersucht. Wir sprechen uns auch dafür aus, die Kolonialgeschichte des Ministeriums zu beleuchten“, sagt Sio.

Am Diversitätstag Ende Mai veröffentlichte das AA ein Video, in dem Tiaji Sio die Initiative vorstellt. Es entfachte eine Debatte über Repräsentation im Staat. „Das Video habe sehr polarisiert, erklärt Sio. Sie wunderte der Shitstorm nicht: „Als Schwarze Person in Deutschland bin ich mit rassistischen Äußerungen aufgewachsen.“ Die kollegiale Solidarität sei aber groß gewesen, auch Außenminister Maas unterstützt „Diplomats of Color“.

„Die gesellschaftliche Vielfalt spiegelt das Auswärtige Amt – wie die meisten Ministerien – bisher nur sehr eingeschränkt wider“, sagt Sio. Deutlich zeige sich das an Führungspositionen. Den Anteil von Mitarbeiter*innen mit Migrationsbiografien erfasst das AA unregelmäßig. 2016 stellte eine Studie des Bundesinnenministeriums fest, dass der Anteil der Beschäftigten mit Migrationsgeschichte in der Bundesverwaltung bei etwa 15 Prozent liegt. Diese Gruppe bestehe vor allem aus jungen Frauen, die in eher niedrigen Laufbahngruppen arbeiten und seltener verbeamtet sind.

Für mehr Vielfalt müsste sich strukturell etwas ändern, findet Sio. Es gäbe junge Menschen aus Teilen der Gesellschaft, die bisher nicht auf die Idee kämen, sich beim Auswärtigen Amt zu bewerben. „Da geht es nicht etwa um Quoten“, sagt Sio. Stattdessen müsse ein „Arbeiterkind mit Migrationshintergrund“ bei gleicher Qualifikation dieselben Chancen haben wie der Nachwuchs einer Botschafterfamilie und das auch wissen. „Dafür reicht die Charta der Vielfalt nicht aus, sondern es müssen konkrete Maßnahmen daraus folgen. Unser Staat braucht Diversitätsmanagement.“

Alexander Kauschanski und Lilian Schmitt

Schwarze Menschen zählen

Schwarze Menschen in Deutschland gibt es bisher kaum Daten. Der „Afrozensus“ will Lebensrealitäten Schwarzer Menschen statistisch erfassen

Für Schwarze Menschen in Deutschland ist längst klar, dass es Anti-Schwarzen Rassismus gibt. Über eine Millionen Menschen afrikanischer Herkunft leben laut Schätzungen und Zahlen des Statistischen Bundesamtes in Deutschland. Das ist die einzige Information, die wir über das Leben Schwarzer Menschen hier haben: Sie existieren. Wie Schwarze Menschen wohnen, arbeiten, welche Probleme oder Hoffnungen sie haben, das taucht bisher aus fehlendem Interesse in keiner deutschen Statistik auf. Dieses Versäumnis des Staates will die Community nun durch den Afrozensus beheben. Diesen Sommer werden zum ersten Mal Daten zu Schwarzen Lebensrealitäten erfasst.

Entwickelt wurde die Onlinebefragung von Each One Teach One e. V. und Citizens for Europe. Bei der Studie werden vor allem quantitative Daten erhoben, durch qualitative Befragungen allerdings ergänzt. Die Ergebnisse sollen das Leben Schwarzer Menschen und die Herausforderungen, die sie sich in einer rassistischen Gesellschaft stellen müssen, sichtbar machen. Durch diese

konkreten Zahlen könnten erstmals konkrete Forderungen gestellt werden: auf dem Arbeitsmarkt, auf staatlicher Ebene, im Gesundheits- oder im Bildungswesen.

Das Aufzeigen von strukturellem und institutionellem Rassismus kann offiziell zum ersten Mal durch Gesetze und unabhängige Beschwerdestellen legitimiert werden. Im Alltag bedeutet das etwa die Bekämpfung von Rassismus auf dem Arbeitsmarkt. Schwarze Menschen werden bei gleicher Qualifikation wie die ihrer Mitbewerber*innen nach wie vor oft nicht berücksichtigt. Anonymisierte Bewerbungsverfahren könnten dabei helfen. Gegen verdachtsunabhängige Kontrollen von Polizisten, die aufgrund von Vorurteilen auf Schwarze Menschen abzielen, könnten kontinuierliche Antirassismustrainings im Dienst stattfinden. Die bloße Chance, für eine Wohnungsbesichtigung infrage zu kommen, könnte zu vielfältigen Wohngebieten führen. Gettoisierungen und Gentrifizierungen könnten gleichermaßen vorgebeugt werden. Aber der Afrozensus

kann auch weitere Lebensbereiche verbessern. Oft werden Schwarze beim Arztbesuch nicht ernst genommen und müssen ihre Schmerzen mit Nachdruck rechtfertigen. Daten könnten das Problem einer von Vorurteilen beeinflussten medizinischen Versorgung sichtbar machen. Die Notwendigkeit von The-

Bisher ist die einzige Information, die wir über das Leben Schwarzer Menschen in Deutschland haben: Sie existieren

rapieplätzen für Schwarze Menschen, die aufgrund von rassistischen Traumata vor allem mit ihrer psychischen Gesundheit zu kämpfen haben, könnte aufgezeigt werden. Die Zahlen können die Weiterbildung und Sensibilisierung von Therapeut*innen bekräftigen.

Um die Lebensrealitäten Schwarzer

Menschen in Deutschland für die Gesamtgesellschaft greifbarer und sichtbarer zu machen, braucht es Schwarze Professor*innen, Schwarze Geschichte in Geschichtsbüchern und die Aufarbeitung deutscher Kolonialgeschichte.

Aber reicht das, um das Leben Schwarzer Menschen nachhaltig zu verändern? Es geht nicht nur um Gerechtigkeit und eine rassismussfreie Behandlung. Jeder Schritt, Rassismus anzusprechen oder sich für seine Rechte einzusetzen, muss gut überlegt sein. Eine Beschwerde am Arbeitsplatz, an der Uni oder Schule wirft immer auch die Frage auf: Wird es einen ausreichenden Schutz vor möglichen Konsequenzen geben, vor einer Kündigung, schlechten Noten, einem Rauswurf?

Institutionell kann vieles geändert werden. Gesellschaftliche Zwänge werden aber weiterhin bestehen. Rassismus zu benennen und Ungerechtigkeiten sichtbar zu machen, das kann jede einzelne Person. Sei es in der Bahn, auf der Arbeit oder am eigenen Küchentisch. Jede*r kann aus seiner privilegierten Position etwas verändern.



...vare, Alexandra Amanatidou, Yasmin Appelhans, Irina Chevtaeva, Katia Sophia Ditzler, Ina Holey, Aida Ivan, Helena Kaufmann, Alexander Kauschanski, Laura Meyer, Navid Moshgbar, Alina Ekaterina Venkina, Sina Zecarias. **Redakteur*innen:** Volkan Açar, Saskia Hödl, Sabine Seifert, Tanja Tricarico. **Layout:** Nadine Fischer. **Foto:** Karoline Bofinger. **Korrektur:** taz-Korrektur-Team. ...ny Gellenbeck, Canset İcpınar, Ebru Taşdemir. **Textcoaching:** Elisabeth Schmidt-Landenberger. *Die Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.*

Nähe weltweit begrenzt

Unsicherheit und Sehnsucht begegnen uns derzeit häufiger. Für manche gilt dies in besonderem Maße. Denn es gibt zwar Lockerungen der Reisebeschränkungen, aber eben nicht für alle

Von **Laura Meyer** und **Navid Moshgbar**

Eigentlich wollte Renée Diederich Anfang Juni ihre Familie in Deutschland besuchen, daraus wurde aber nichts. Die 21-Jährige kam als Au-Pair nach Sydney, verliebte sich und lebt nun seit fast zwei Jahren in Australien. Ihre Familie hat sie seitdem nur ein einziges Mal besuchen können. Sie wollte gemeinsam mit ihrem Partner zur Hochzeit ihrer Schwester nach Deutschland reisen. Doch die Flüge wurden wegen Corona storniert, auch ihr australischer Partner hätte wahrscheinlich nicht einreisen dürfen. Für alle Nicht-EU-Bürger*innen, wenige Ausnahmen ausgenommen, galt ein Einreisestopp in die Europäische Union.

Der angehende Lehrer Michael Harrington ist zwar bei seiner Familie in Deutschland, doch sein Freund lebt etwa 9.000 Kilometer entfernt – in Mexiko. Im

April wollte der 31-jährige seinen Partner nach über einem Jahr endlich wiedersehen. Auch seine Flüge wurden annulliert.

Kennengelernt hat sich das Paar vor mehr als viereinhalb Jahren über eine Dating-Plattform im Internet. „Ich fand sein Lächeln so schön. Da hab ich ihn angeschrieben“, erzählt Harrington am Telefon. Sein Date Andrés besuchte damals eine Freundin in Dortmund. Doch nach nur drei Monaten kam die räumliche Trennung: Es blieb Liebe über den Atlantik hinweg. „Dass es eine Fernbeziehung werden würde, wussten wir schon damals“, sagt Harrington. Zu Beginn der Pandemie hat er sich wenig Sorgen um seinen Freund gemacht – als das Virus auch Mexiko erreichte, riet er Andrés, sich mit Schutzmasken auszustatten.

Ähnliche Sorgen macht sich Renée Diederich. „Für mich wäre es ein Muss, wenn meiner Oma etwas passiert, dass ich nach Deutschland komme.“ Ihr Man-

tra ist deshalb: „Ich kann nur hoffen, dass nichts passiert.“

Dies hoffen auch Menschen in Deutschland, die ihre Familie im Ausland haben, diese aber derzeit aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit nicht besuchen können. Bosnien und Herzegowina beispielsweise erlaubt die Einreise derzeit nur – mit wenigen Ausnahmen – den eigenen Staatsbürger*innen. Wer Angehörige im Land hat, aber die Staatsbürgerschaft abgeben musste oder nicht besitzt, darf also nicht einreisen.

Auch in anderen Nicht-EU-Ländern, wie beispielsweise Russland, gibt es ähnliche Regelungen. Dazu kommen Reiseverboten des Auswärtigen Amtes für mehr als 150 Länder, darunter die Türkei, Russland und Bosnien und Herzegowina. Außerdem können bei der Rückreise je nach Bundesland und Risikoeinstufung durch das Robert-Koch-Institut Quarantäneregulungen greifen.

Wann Diederich ihre Familie in Saarbrücken das nächste Mal besuchen kann, weiß sie noch nicht. Flüge für Dezember sind wegen Weihnachten und Corona zu teuer, selbst wenn sie dann wieder möglich sein sollten. „Das schlimmste Gefühl ist, dass man im Ungewissen ist.“ Auch Michael Harrington weiß nicht, wann er seinen Freund wieder umarmen kann. Als Mexikaner darf er derzeit nicht in die EU einreisen, und Michael kann nicht nach Mexiko fliegen.

Für die Beschränkungen haben beide Verständnis. Enttäuscht sind sie trotzdem. Was Harrington als Erstes machen würde, wenn er Andrés endlich wieder sieht? „Ihn küssen“, sagt er nur.

Für Harrington wie Diederich überwiegen Sehnsucht und Sorge. Eins stimmt Diederich positiv: Die Hochzeitsfeier ihrer Schwester wurde um ein Jahr verschoben. Dann können hoffentlich auch sie und ihr Freund dabei sein.

portrait



Foto: privat

Der „Corona-Detektiv“

Dirk Kaufmann, 37, hat sich an seine Rolle als Hiobsbotschafter bereits gewöhnt. „Ich stelle mich vor und frage: „Sie kennen doch XY? Wissen Sie, dass er positiv auf Covid-19 getestet wurde?“ Seit April arbeitet Kaufmann in Heidelberg als „Containment Scout“. Der Begriff stammt aus dem Englischen und bezeichnet jemanden, der bei einer Pandemie Kontaktpersonen ermittelt. Bis Ende Mai waren 500 Scouts bundesweit im Einsatz, davon zurzeit 63 in Baden-Württemberg, teilt das Bundesverwaltungsamt auf Anfrage mit.

Dirk Kaufmann sitzt in seinem Büro im Gesundheitsamt, vor sich zwei Bildschirme, Ordner, viele Laborzettel. Das Gespräch findet über FaceTime statt. Vor Corona arbeitete Kaufmann als Theaterpädagoge. „Mensch: Theater!“, ein interaktives Präventionstheater, war sein Globe. Mobbing, Sucht, Missbrauch: kein Thema war zu heikel. Diese Methoden setzte Kaufmann auch bei Kommunikationstrainings an Rettungsdienstschulen ein. Als ihm Mitte März aufgrund der Pandemie fast alle Aufträge wegbrachen, war das „ein ziemlicher Schock“. Bald wird er Vater.

Bundesweit haben sich knapp 10.000 Menschen als „Containment Scouts“ beworben. „In der Regel Studierende“, sagt Pressesprecherin Lisa Schlager vom Regierungspräsidium Stuttgart, die den Gesundheitsämtern „für ein halbes Jahr zugeordnet“ seien. Für viele eine gut bezahlte Alternative zum Job im Gastronomiebereich, der stark von Einschränkungen betroffen ist. Das Gehalt: 2.300 Euro brutto.

Als Teil eines Dreierteams half Kaufmann anfangs, Strategien zum Schutz von Seniorenheimen und Pflegeeinrichtungen zu entwickeln. Später begann er, Kontaktpersonen von Corona-Infizierten hinterherzutelefonieren: „Wie fühlen sie sich? Haben Sie Symptome? Wo saßen Sie im Auto?“

Neben der „Detektivarbeit“ spielt Seelsorge eine Rolle. „Ich will das Gefühl vermitteln, dass ich am Telefon für die Person da bin“, sagt Kaufmann. Seine Stimme bekommt einen „Shush-It’s-All-Right“-Ton: keine Frage ist zu blöd. Sind die Einkäufe organisiert? Wer führt den Hund aus? „Kommunikation ist eine Sache, die ich im Rettungsdienst unterrichtete, deswegen bringe ich dort schon was mit.“ Ekaterina Venkina

Gottesdienst in einer Freikirchlichen Gemeinde in Berlin-Wedding, 2015. Nähe, Gemeinschaftsgefühl und Ausgelassenheit werden hoffentlich bald wieder möglich sein
Foto: Espen Eichenhöfer/OSTKREUZ



Von **Stephanie Alvarez** und **Yasmin Appelhans**

Ein Hausmittel gegen Corona, das klingt verlockend und war die Hoffnung vieler Forscher*innen. Denn Vitamin D stärkt das Immunsystem. Es hilft, Erkrankungen der Atemwege zu verhindern. Eine britische Studie Anfang Mai zeigte: So einfach wird es uns Covid-19 nicht machen. Vitamin D birgt keinen Schutz vor einer Corona-Erkrankung. Und es erklärt auch nicht, warum Black and People of Colour (BpOC) sich in Großbritannien und den USA häufiger mit dem Virus infizieren, wie manche Wissenschaftler*innen vermuteten.

Wie kam es zu der Annahme? Unser Körper produziert einen Großteil des Vitamins D mithilfe von UV-Strahlen. Ist die Haut stärker pigmentiert, dringt we-

Hausmittel oder Systemwechsel?

Minderheiten sind besonders häufig von Corona betroffen. Warum Vitamin D nichts damit zu tun hat und andere Faktoren wichtiger sind

niger UV in den Körper. So kann er auch weniger von dem Vitamin herstellen. Bei viel Sonnenlicht ist das kein Problem, bei wenig haben deswegen gerade BpOC weniger Vitamin D im Körper. Dieses aktiviert die T-Helferzellen des Immunsystems, die auch Viren wie das neue Coronavirus abwehren. Würden BpOC mehr Vitamin D einnehmen, so die Überlegung, könnten sie sich besser schützen.

Vittal Kattikireddi von der

Universität Glasgow ist mit Claire Hastie Autor der Studie und glaubt, dass Forscher*innen häufig biologische Gründe für gesundheitliche Unterschiede zwischen ethnischen Gruppen suchten: „Meistens sind es aber soziale Prozesse.“ In einer zweiten Studie fand die Forschergruppe heraus, dass die Anfälligkeit neben Alter und Vorerkrankungen auch mit Geschlecht und Einkommen zusammenhängt. Ganz erklären

konnten diese Faktoren die Unterschiede in der Anfälligkeit – fachsprachlich: Vulnerabilität – nicht. Auch Aspekte wie Job oder Wohnung könnten eine Rolle spielen.

„Habe ich Zugang zum Gesundheitswesen? Das ist auch wichtig“, sagt Florence Samkange-Zeeb, Sozialepidemiologin in Bremen und Mitglied im Kompetenznetz Public Health zu Covid-19. Menschen seien nicht per se vulnerabel, sagt Samkange-Zeeb. „Wenn man Asylsuchende anders untergebracht hätte, wäre es vielleicht nicht zu den Ausbrüchen gekommen.“ Politische Entscheidungen beeinflussen die Vulnerabilität also auch.

In Deutschland gibt es bisher keine Zahlen, die belegen, dass BpOC stärker von Covid-19 betroffen sind. Das hat historische Gründe, denn im National-

sozialismus wurden Menschen aufgrund ihrer vermeintlichen Rasse systematisch ermordet. Das erschwert es aber, die soziale Situation von BpOC unter Corona und mögliche Benachteiligungen zu erfassen. Menschen mit Migrationshintergrund könnten dem Coronavirus in Deutschland stärker ausgeliefert sein, weil sie häufiger in prekären Jobs stecken und beengter leben.

Dass Covid-19 soziale Ungleichheiten sichtbar macht, sieht Florence Samkange-Zeeb auch als Chance, die Probleme zu adressieren. Klar ist, dass viele Maßnahmen nötig sein werden: mehr Daten zu Ethnie und sozialem Status, bessere Wohnverhältnisse und Zugang zur Gesundheitsversorgung, faire Arbeitsbedingungen, Reformen im Asylrecht. Zeit für einen Systemwechsel.

taz panterstiftung



Die taz Akademie fördert **junge kritische JournalistInnen** im In- und Ausland.

Spenden Sie bitte für unsere Projekte im Herbst diesen Jahres

taz Panter Stiftung
GLS-Bank Bochum
BIC GENODEM1GLS
IBAN DE97 4306 0967 1103 7159 00
www.taz.de/spenden
Ihre Zuwendungen an die gemeinnützige taz Panter Stiftung sind steuerlich absetzbar



Weitere Informationen unter stiftung@taz.de | Tel. (030) 25 90 22 13 | www.taz.de/stiftung